

Regierungsrat erwägt Alkoholverbot in

Coronavirus im Kanton Bern Steigen die Corona-Zahlen weiter an, wird der Kanton rigorosere Massnahmen beschliessen. Wir zeigen, was der Berner Bevölkerung bevorstehen könnte.

Marius Aschwanden

Seit Montag gehören Gesichtsmasken im Kanton Bern definitiv zum Alltagsbild. Nun müssen sie nicht mehr nur in Bussen und Zügen getragen werden, sondern auch in allen öffentlich zugänglichen Räumen. Dazu gehören Geschäfte, Bibliotheken, Kinos, aber auch Bahnhöfe und Perrons. Mit dieser Massnahme reagierte Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP) auf die steigenden Corona-Infektionszahlen.

Ob die ausgedehnte Maskenpflicht die erwünschte Wirkung auch tatsächlich erzielt, wird sich frühestens in zehn bis vierzehn Tagen zeigen. So lange geht es im Normalfall, bis angesteckte Personen Symptome entwickeln und sich womöglich auch testen lassen. In dieser Zeit will der Kanton wenn möglich keine neuen Massnahmen erlassen. Daran ändern auch die steigenden Fallzahlen nichts – am Dienstag musste die Gesundheitsdirektion mit 149 Neuzugängen einen neuen Rekordwert vermelden.

«Jede Massnahme wird schrittweise eingeführt und der Effekt beobachtet», sagt der Kommunikationsverantwortliche, Gundekar Giebel. Trotzdem ist absehbar, dass Verschärfungen kommen dürften, wenn sich die Zahlen nicht wieder nach unten bewegen. Welche Massnahmen zu welchem Zeitpunkt erlassen werden, hängt gemäss Giebel insbesondere von der Belegung der Spitalbetten ab. «Entscheidend ist immer, dass der Kanton die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung aufrechterhalten kann», sagt er. Wenn die Betten somit vermehrt mit Covid-19-Patienten gefüllt sind, dann müsse rasch gehandelt werden. Die Erfahrungen aus der ersten Welle und ein Blick in Nachbarstaaten und -länder zeigen, welche Werkzeuge Gesundheitsdirektor Schnegg in einem solchen Fall zur Verfügung stehen.

Homeoffice-Empfehlung

Während der ersten Welle hat der Bund dazu aufgerufen, dass Angestellte wenn immer möglich von zu Hause aus ihre Arbeit erledigen. Im Kanton Bern gibt es

momentan keine offizielle Empfehlung, obschon eine aktuelle Studie des Bundes zu den Ansteckungsorten zeigt, dass der Arbeitsplatz ein Corona-Hotspot ist. Trotzdem ist der Kanton der Meinung, dass nun wieder soweit möglich Homeoffice eingeführt werden sollte. Giebel weist darauf hin, dass auch am Arbeitsplatz eine Maskenpflicht gilt, wenn die Abstandsregeln nicht eingehalten werden können.

Alkoholverbot am Abend

Deutschland macht es vor: In München gilt ab dieser Woche ein generelles Alkoholausschankverbot in der Gastronomie.

«Ein Ausschank- oder Alkoholverbot wäre eine der Optionen.»

Gundekar Giebel
Kommunikationsverantwortlicher der Gesundheitsdirektion

nie ab 22 Uhr. Zudem herrscht am Wochenende auf manchen öffentlichen Plätzen ein Alkoholverbot. Auch in Berlin sind ähnliche Regeln in Kraft, dort gilt sogar eine nächtliche Sperrstunde. Die Behörden wollen so sicherstellen, dass die Abstands- und Hygieneregeln auch beim Feiern eingehalten werden. Im Kanton Bern zeigt man sich offen für Derartiges. Ein Ausschank- oder Alkoholverbot «wäre durchaus eine der Optionen, bevor weitere, noch einschneidendere Massnahmen beschlossen werden müssten», sagt Giebel.

Schliessung von Clubs

Immer wieder kommt es in Clubs zu Situationen, nach welchen eine grosse Anzahl von Leuten in Quarantäne geschickt werden müssen. So geschehen in Bern am vergangenen Wochenende. Zudem musste das Kantonsarztamt die betroffene Cuba Bar, die Taxi Bar und die Cafété der Reitschule schliessen. Eine Analyse von Kontaktdaten hat gezeigt, dass es bei diesen Lokalen Män-



Auch im Bahnhof Bern gilt seit Montag eine allgemeine Maskenpflicht. Foto: Keystone-SDA

gel bei der Registrierung gibt. Trotzdem scheint eine generelle Schliessung von Clubs und Bars momentan nicht aktuell. Vielmehr will der Kanton offenbar nur wo nötig Betriebe schliessen. Insbesondere dann, wenn sie sich nicht an die Verordnungen halten. Zudem wird seit dieser Woche in Bars, Clubs oder Diskotheken die Anzahl der gleichzeitig anwesenden Gäste auf 300 Personen beschränkt.

Veranstaltungen reduzieren

Während der ersten Welle erliess der Bundesrat rigorose Mass-

nahmen zu Veranstaltungen und spontanen Versammlungen. Letztere waren zeitweise für mehr als fünf Personen verboten. Im Kanton Bern sind aktuell Veranstaltungen sogar mit über 1000 Personen erlaubt. Sie müssen allerdings vorgängig bewilligt werden. Für private Anlässe gibt es keine Beschränkungen. Eine Änderung ist momentan nicht geplant. «Es gibt immer ein Abwägen zwischen den Freiheiten und den staatlichen Einschränkungen oder den Verboten», sagt Giebel. Massnahmen müssten von der Bevölkerung

auch verstanden und mitgetragen werden. Offenbar befürchtet der Kanton, dass weitere Restriktionen heikel sein könnten.

Maskenpflicht im Freien

Italien geht bei der Bekämpfung des Coronavirus seit letzter Woche so weit wie kaum ein anderes Land. Jetzt gilt die Maskenpflicht auch im Freien, zwar nicht, wenn man sich allein in der Natur befindet, beim Flanieren in der Einkaufsmelle allerdings schon. Ob so etwas auch im Kanton Bern denkbar ist, bleibt unklar. Giebel antwortet

ausweichend auf die Frage. Die Erfahrungen aus anderen Ländern würden bei Entscheidungen immer miteinbezogen, sagt er le-

Fiebermessen vor Einslass

Um Corona-Infizierte zu erkennen, setzt Italien seit Sommer auf breites Fiebermessen. Wer etwa in ein Hotel gehen will, dem wird zuerst die Temperatur gemessen. Auch in der Schweiz setzen einzelne Firmen oder Veranstalter auf dieses Instrument. So dürfen Eishockeyfans in Bern etwa nur ins Stadion, nachdem Fieberge-

Gleisumbau im Lötschbergtunnel wird massiv teurer

Bauskandal weitet sich aus Die BLS und der Baukonzern Marti haben sich verrechnet. Die Sanierung kostet 30 bis 40 Millionen Franken mehr.

Der Skandal um die Sanierung des alten Lötschbergtunnels weitet sich aus. Zuerst hat der Baukonzern Marti glühend Altschotter und Gleisaushub illegal im Steinbruch in Mitholz deponieren lassen. Das hat diese Zeitung zusammen mit dem Recherchedesk von Tamedia und der «SRF Rundschau» aufgedeckt. Die Betreiber der Blausee AG vermuten, dass Giftstoffe ins Grundwasser gelangt sind und so Zehntausende Forellen in ihrer Fischzucht verendet.

Jetzt kommt hinzu, dass Marti hohe Mehrkosten für die Tunnelanhebung bei der BLS einfordert. BLS-Infrastrukturchef Daniel Wyder spricht auf Anfrage

von einem Betrag in zweistelliger Millionenhöhe. Nach Recherchen dieser Zeitung geht es um 30 bis 40 Millionen Franken. Die BLS und Marti streiten darum, wer die Mehrkosten bezahlen muss.

Viel mehr Aushub und Beton

Auslöser sind laut BLS nicht primär Mehrkosten für die korrekte Entsorgung des alten Schotters. Auch nicht der Unterbruch der Bauarbeiten im letzten April wegen der Corona-Pandemie. Sondern der Hauptgrund sei, dass wesentlich mehr Gleisaushub abgeführt und Beton für die neue Fahrbahn eingebaut werden müsse, als von Marti einge-

rechnet. Die Bauherrin BLS und das Baukonsortium haben bei den Mengen aneinander vorbeigeredet: Das ÖV-Unternehmen räumt ein, dass es hier Lücken in seiner Ausschreibung gibt. Die Marti-Gruppe nutze den Spielraum und interpretiere den Werkvertrag für die Tunnelsanierung nun zu ihren Gunsten. Das Bauunternehmen selber äussert sich grundsätzlich nicht gegenüber Medien und hat auch auf Fragen wegen der Probleme bei der Lötschberg-Sanierung stets an die BLS verwiesen.

Damit ist auch die Transparenz für die Steuerzahler eingeschränkt, die womöglich am Schluss für die Mehrkosten auf-

kommen müssen. Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates hat wegen des Umweltskandals beim Blausee eine Untersuchung eröffnet. Sie dürfte sich nun auch dafür interessieren, ob Marti mit einem edellichen Angebot den Zuschlag für das Bauprojekt erhalten hat.

Laut BLS hatte die Berner Baugruppe mit 90 Millionen Franken die günstigste Offerte abgegeben. Zusammen mit anderen Leistungen waren die Kosten auf total 105 Millionen Franken beziffert worden. Die Mehrkosten belaufen sich damit auf rund ein Drittel.

So oder so wird die Tunnelsanierung nun statt Ende 2022 erst



Seit Mitte 2018 wird der Tunnel zwischen Kandersteg und Goppenstein erneuert. Foto: BLS

der Nacht



messen wurde. Giebel kann sich durchaus vorstellen, dass diese Massnahme auch auf öffentlich zugängliche Gebäude ausgeweitet wird.

Regionale Lockdowns

Hilft alles andere nicht, kommen regionale Lockdowns ins Spiel. In Spanien sind solche Realität: Aufgrund rasant steigender Infektionszahlen hat die Zentralregierung letzte Woche den Notstand über die Hauptstadtregion Madrid verhängt. So soll ein regionaler Lockdown durchgesetzt werden. In neun Städten dürfen Men-

schen erneut nur noch mit triftigem Grund ihre Heimatgemeinde verlassen – etwa, um zur Arbeit zu gehen oder aus medizinischen Gründen.

Im Kanton Bern sind solche regionalen Lockdowns ebenfalls ein Thema. In Betracht gezogen wird dies aber nur im Extremfall, so Giebel. Denkbar sei das etwa dann, wenn sich innerhalb einer Fabrik, einer Schule oder auch einer Gemeinde ein Cluster bilde und sich die Fälle dort stark häufen würden. Beschlossen müsste einen Lockdown die Gesamtregierung.

Die Bauherrin BLS und das Baukonsortium haben bei den Mengen aneinander vorbeigeredet: Das ÖV-Unternehmen räumt ein, dass es hier Lücken in seiner Ausschreibung gibt.

Auf Umweltskandal reagiert

Auf die illegale Entsorgung des Gleisaushubs haben die BLS und Marti inzwischen reagiert. Das deponierte Material musste ausgegabbert werden. Laut der Betreiberin sind keine Giftstoffe mehr vorhanden. Auch darf der Gleisaushub nicht mehr im Steinbruch Blausee auf einem

Die Fusion von Rümliigen ist in Gefahr

Der Statthalter entscheidet Eine Beschwerde gegen die Gemeindeversammlung könnte die Fusion mit Riggisberg verzögern oder verhindern. Der Fahrplan ist arg durcheinander.

Johannes Reichen

Fast 200 Personen drängten sich am Abend des 17. August in die Rümliiger Schlossscheune. Es war eng, es war wichtig. Die Gemeindeversammlung stimmte über eine Fusion mit Riggisberg ab. Das Resultat: 99 Ja, 85 Nein. Nun aber wackelt dieser Fusionsentscheid. Zwei Stimmberechtigte erhoben beim Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland Beschwerde gegen die Versammlung.

Die Beschwerde stehe im Zusammenhang mit der Versammlungsführung und den Corona-Massnahmen, sagt der Rümliiger Gemeindepräsident Martin Studer (SP). An der Versammlung sei noch keine Rüge erhoben worden. Mehr will er nicht sagen, das Verfahren sei hängig. Dies bedeutet allerdings, dass der Fusionsentscheid noch nicht rechtskräftig ist. Eigentlich sollte Rümliigen schon nächstes Jahr zu Riggisberg gehören. Das ist nun höchst unsicher.

Versammlungen verschoben

«Der Statthalter hat uns zwar zugesichert, dass er den Entscheid so rasch wie möglich fällen wird», sagt der Riggisberger Gemeindepräsident Michael Bürki (SVP). Doch der Entscheid könnte noch aus Verwaltungsverfahren weitergezogen werden. Diese Frist beträgt 30 Tage. Die Gemeinden rechnen deshalb mit verschiedenen Szenarien. Klar ist: Für eine Fusion auf Anfang 2021 muss bis Ende November Klarheit herrschen.

Die Beschwerde sei ein demokratisches Recht, sagt Bürki. Etwas unglücklich sei aber, dass der Fusionsentscheid wegen der Corona-Krise nicht schon im Sommer habe gefällt werden können. «So hätten wir viel mehr Zeit gehabt.» Nun haben die Gemeinden ihre Gemeindeversammlungen vorsorglich nach hinten verschoben. Rümliigen vom 28. November auf den 14. Dezember, Riggisberg vom 1. auf den 15. Dezember. Die Urnenwahl in Riggisberg wurde zudem vom 29. November auf den 20. Dezember verlegt. Das gibt etwas Luft.

Beschwerde der Gegner

Wenig überraschend stammt die Beschwerde aus den Reihen jenes Komitees, das vor und an der



Im hinteren Teil der Schlossscheune sassen die Anwesenden eng beieinander. Foto: Nicole Philipp

Gemeindeversammlung gegen eine Fusion gekämpft hatte. Dies wird von einem Mitglied des Komitees bestätigt. An der Versammlung hätten «Chaos und Tumulte» geherrscht, sagt der Mann. Und er wisse von Personen, die wegen der laschen Corona-Schutzbestimmungen gar nicht an der Versammlung teilgenommen hätten.

Laut Verena Bender vom Statthalteramt rügen die Beschwerdeführer unter anderem, dass das Stimmrecht der 186 Stimmberechtigten nicht überprüft worden sei. Zudem hätten enge Platzverhältnisse und ungenügende akustische Verhältnisse geherrscht. Auch seien die Abstandsregeln teilweise missachtet worden. Bender stellt einen Entscheid auf Ende Woche oder Anfang der nächsten Woche in Aussicht.

Umstrittene Lotto-Millionen

Normalerweise finden die Rümliiger Gemeindeversammlungen in einem Schulzimmer statt. Wegen der Corona-Massnahmen wurde der Anlass in die Schlossscheune, den grössten Versammlungsort im Dorf, verlegt. Doch auch dort sties man an Grenzen. «Wir wurden von der riesigen Anzahl Anwesender überrannt», sagte Gemeindepräsident Studer am Tag danach. Für zusätzliche Brisanz hatte kurz vor der Ge-

meindeversammlung die Nachricht gesorgt, dass ein Lottospieler aus Rümliigen fast 90 Millionen Franken gewonnen hatte. 10 Prozent, also fast 9 Millionen Franken, muss er an die Gemeinde abliefern. Pro Einwohner in Rümliigen macht dies rund 20'000 Franken aus. Im Fall einer Fusion kämen diese Millionen auch Riggisberg zugute. Das sorgte in Rümliigen nicht nur für Freude.

Kaum Masken getragen

An der Versammlung lagen zwar Desinfektionsmittel und Masken bereit. Letztere wurden aber nur von einer Minderheit getragen. Und besonders im hinteren Teil der Scheune wurde es sehr eng.

Die drei Szenarien

Da noch kein rechtsgültiger Entscheid zur Beschwerde vorliegt, gibt es laut Gemeinde Rümliigen nun drei verschiedene Szenarien: **Erstes Szenario:** Falls die Beschwerde bis Ende November rechtsgültig abgewiesen wird, kann die Fusion auf Anfang 2021 vollzogen werden.

Zweites Szenario: Wird die Beschwerde bis Ende November rechtsgültig gutgeheissen, wird die Gemeindeversammlung vom 17. August wiederholt oder es gibt Anfang des nächsten Jahres eine

Auch auf eine Eingangskontrolle anhand des Stimmregisters wurde verzichtet. Das hätte laut Studer zu lange gedauert. «Wir wissen aber von praktisch allen Anwesenden die Namen.»

Nun liegt der Ball bei Statthalter Christoph Lerch. Dieser hatte sich aufgrund einer Anfrage dieser Zeitung schon am Tag nach der Versammlung über die Zustände in der Schlossscheune ins Bild setzen lassen. Das Schutzkonzept, das für Gemeindeversammlungen erarbeitet wurde, habe zwar nicht wie geplant umgesetzt werden können, sagte Lerch. «Das Risiko von Ansteckungen ist trotzdem gering.» In der Folge wurden keine Ansteckungen bekannt.

Drittes Szenario: Falls Ende November kein rechtsgültiger Entscheid vorliegt, kommt die Fusion auf 2021 nicht zustande. Die Fusion von Riggisberg und Rümliigen wäre frühestens auf Anfang 2022 möglich. (ref)

Ein Lötschentaler leitet neu die Lötschberg-Lobby und kämpft für den Vollausbau

Beat Flieder ist der neue Geschäftsführer des Lötschberg-Komitees. Der Walliser CVP-Ständerat führt damit den Verein für den Bau der zweiten Röhre des NEAT-Basistunnels zwischen Frutigen und Raron (VS). Flieder folgt auf Parteikollegin Viola Amherd. Die Brigerin hatte den Posten nach ihrer Wahl in den Bundesrat Anfang 2019 abgegeben. Eine Zeit lang schien es fraglich, ob das Lötschberg-Komitee mit seinen über 300 Mitgliedern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft fortbestehen wird. Denn das Eidgenössische Parlament hat

entgegen den ursprünglichen Prioritäten von Bundesrat und SBB 2019 doch noch dafür gestimmt, den 2007 eröffneten Basistunnel auszubauen. Allerdings stimmten National- und Ständerat lediglich für die Inbetriebnahme jener 14 Kilometer, wo die zweite Röhre zwar ausgebrochen, aber im Rohbau belassen worden ist. Rieder wird nun für den Vollausbau auf Doppelspur kämpfen: Es soll somit auch auf dem letzten Abschnitt von rund 6 Kilometern eine zweite Röhre erstellt werden. Die Kosten stiegen zwar gegenüber dem Teilausbau von 920

Millionen auf 1,34 Milliarden Franken. Dafür könne die bestehende Röhre in Betrieb bleiben. Beim Teilausbau sei eine achtmonatige Totalsperre nötig, um eine neue Querverbindung zwischen den Röhren zu bauen. Das ziehe erhebliche volkswirtschaftliche Kosten nach sich, erklärt das Komitee. Zudem sei eine zweite Röhre nötig, um dereinst etwa im Jahr 2050 auch den heutigen Einspurabschnitt ohne Totalsperre sanieren zu können. Wenn der Vollausbau in einem Schritt erfolge, sei das 120 Millionen Franken billiger als in zwei Etappen. (juw)